

News Archiv 2018

2018-02-22 14:03

[younion-Frauen: „Kinder sollen ihr volles Potential entwickeln können!“](#)

Fehlende Kinderbildungseinrichtungen zwingen Frauen zu Teilzeitjobs

Die aktuelle Studie der Arbeiterkammer Oberösterreich zeigt es klar: Die Teilzeitbeschäftigung ist in Österreich enorm gestiegen – aber in vielen Fällen nicht freiwillig gewählt. Unzureichende Kinderbildungsangebote lassen vor allem Frauen auf einen Vollzeitjob verzichten.

Oberösterreich ist dafür ein gutes Beispiel. Seit der Einführung des kostenpflichtigen Nachmittags hat es eine enorme Zahl an Abmeldungen gegeben. Laut Medienberichten werden in rund 50 Gemeinden einzelne Gruppen geschlossen. In rund 30 Gemeinden ist das gesamte Nachmittagsangebot gefährdet.

Das hat bereits zu ersten Kündigungen und Stundenreduktionen in den Kinderbildungseinrichtungen geführt. Viele weitere werden befürchtet. Christa Hörmann, Bundesfrauenvorsitzende in der younion – Die Daseinsgewerkschaft: „Wer in den Kinderbildungseinrichtungen spart, trifft Frauen gleich doppelt. Einerseits werden Mütter in Teilzeitarbeit gezwungen, andererseits wird vor allem weibliches Personal entlassen.“

„Einige PolitikerInnen, die gut verdienen und ein Kindermädchen haben, können sich gar nicht vorstellen, was da oft für Einzelschicksale dahinterstecken. Sie sollten einmal mit einer Alleinerzieherin oder einer gekündigten Kindergartenhelferin in einem Dorf reden“, so Jasmin Mrzena-Merdinger, Bundesfrauen-Referentin und selbst zweifache Mutter.

Nur professionelle Kinderbildungseinrichtungen garantieren das Wohlergehen aller Kinder. Mrzena-Merdinger: „Dafür braucht es natürlich Vorgaben, die in allen Bundesländern gelten. Denn momentan kocht noch jeder sein eigenes Süppchen. Wir brauchen ein einheitliches Gesetz, das kleinere Kindergruppen, größere Räume und angemessene Gehälter garantiert. Wir wollen, dass Kinder ihr volles Potential entwickeln können und nicht nur einfach betreut werden.“

Denn schon längst geht es in den Bildungseinrichtungen um viel mehr als um Basteln und Singen. Mrzena-Merdinger: „Dieses Rollenbild der immer lustigen Tante muss verschwinden. Es geht hier nicht um eine Bespaßung der Jüngsten, sondern um bildungs- und elementarpädagogische Arbeit. Nur wenig später werden in der Schule Noten vergeben. Es kann ja nicht sein, dass erst Beurteilungen in den Kinderbildungseinrichtungen eingeführt werden müssen, damit die Beschäftigten die verdiente Wertschätzung erfahren.“

Besonders wichtig ist eine bundesweit einheitliche Ausbildung für KindergartenassistentInnen. Wobei schon die Bezeichnung verwirrt. Denn fast jedes Bundesland hat eine eigene für diese Arbeitskräfte.

[Read more ... yunion-Frauen: „Kinder sollen ihr volles Potential entwickeln können!“](#)

2018-02-19 13:35

[SPÖ legt Grundsatzpapier zu neuem Parteiprogramm vor](#)

Die SPÖ hat heute ein Grundsatzpapier für ihr neues Parteiprogramm vorgelegt, das auf einem Parteitag im Oktober beschlossen werden soll. Davor soll nach einer intensiven Diskussion im Juni eine Mitgliederbefragung darüber stattfinden. Der vorgelegte Entwurf sei bewusst allgemein gehalten und soll einen Denkanstoß für die Diskussion liefern, so Parteichef Christian Kern.

Die SPÖ sieht es durchaus als Vorteil, dass der Prozess jetzt in der Oppositionsrolle geführt werden kann. Opposition sei für die SPÖ die Zeit der Vorbereitung auf die nächste Regierungsbeteiligung, sagte Kern in einem Hintergrundgespräch. Es soll ein Programm für eine „progressive Volkspartei“ werden. Die SPÖ sehe sich im politischen Spektrum „Mitte-Links“, beanspruche aber das politische Zentrum für sich.

Entwurf soll bis April diskutiert werden

Wie die beiden Bundesgeschäftsführer Andrea Brunner und Max Lercher in dem gemeinsamen Hintergrundgespräch mit Kern erläuterten, soll der Entwurf nun bis April breit und flächendeckend diskutiert werden. Dabei sollen nicht nur Mitglieder, sondern auch die Zivilgesellschaft, NGOs und Wissenschaftler eingebunden werden.

Konkretisieren will die SPÖ im Statut künftig, dass schlagende Burschenschafter nicht gleichzeitig SPÖ-Mitglieder sein können. Kern schloss auch nicht aus, dass im Zuge der Organisationsreform im Statut die Urwahl des Parteivorsitzenden durch die Mitglieder nach britischem Vorbild verankert wird.

Kern geht von Verbleib Schieders im Amt aus

Kern geht davon aus, dass sein geschäftsführender Klubobmann Andreas Schieder trotz seiner Niederlage in der Kampfabstimmung um die Führung der Wiener SPÖ im Amt bleibt. Man könne nicht die politische Existenz verlieren, weil man eine demokratische Abstimmung verloren hat. Und Spekulationen um seinen eigenen Rücktritt bezeichnete Kern als „völligen Schwachsinn“.

[Read more ... SPÖ legt Grundsatzpapier zu neuem Parteiprogramm vor](#)

2018-02-18 10:21

Regierung will Personalabbau bei Beamten fortsetzen

Beamtenminister Heinz-Christian Strache (FPÖ) will den Personalabbau im Öffentlichen Dienst fortsetzen. Im APA-Interview kündigte Strache an, dass nur jede zweite oder dritte frei werdende Stelle nachbesetzt werden soll. Welche Variante dann zum Tragen kommt, werde noch geprüft. Den pragmatisierten Beamten soll es nach den Vorstellungen des Vizekanzlers weiter geben.

„Noch einiges möglich“

Die Auffassung der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD), dass weitere Personaleinsparungen nicht möglich seien, weil man jetzt schon Hunderte Leiharbeitskräfte beschäftigen müsse, teilt Strache nicht. Da sei „noch einiges möglich“, verwies der Minister etwa auf die Digitalisierung. Wie viele Beamte weniger als die zuletzt rund 132.000 Bediensteten möglich seien, wollte Strache nicht einschätzen. Das hänge auch von den Effizienzmöglichkeiten ab, die man jetzt analysiere.

Kein „Rasenmäherprinzip“

Von dieser Analyse werde auch abhängen, wo noch Personal eingespart werden kann. Es werde sicher „nicht nach dem Rasenmäherprinzip“ vorgegangen, versicherte Strache. Einsparungen könne es geben, wo Effizienzsteigerungen möglich sind, neue Anstellungen werde es hingegen in „überalteten Strukturen“ mit vielen Mitarbeitern über 50 geben. In den nächsten 13 Jahren wird fast die Hälfte der Mitarbeiter im Bundesdienst in den Ruhestand treten.

Strache: Keine Einsparungen bei Bildung und Sicherheit

Keine Einsparungen werde es jedenfalls in den Bereichen Bildung und Sicherheit geben, betonte der Beamtenminister. Bei Lehrern, in der Exekutive und im Bundesheer werde es mehr Planstellen geben. Schon derzeit gibt es seit 2012 einen partiellen Aufnahmestopp, in dem nur jede zweite frei werdende Stelle nachbesetzt wird. Durch die zahlreichen Ausnahmen - neben Bildung und Sicherheit auch Justiz, Arbeitsinspektionen und operative Finanzverwaltung - ist die Zahl der Bundesbediensteten zuletzt nicht mehr weiter gesunken.

Überzeugt ist Strache, dass er mit der GÖD das geplante neue Dienstrecht umsetzen kann. Und auch, dass viele Regierungen zuvor schon an diesem Projekt gescheitert sind, schreckt den neuen Beamtenminister nicht. Die neue Regierung habe in den ersten sechs Wochen schon gezeigt, dass viele Dinge, bei denen jahrelang nichts passiert sei, jetzt umgesetzt würden.

Strache will ein modernes, durchlässiges Dienstrecht für alle neu eintretenden Bediensteten mit attraktiven Anfangsgehältern und einer flacheren Kurve bei gleicher Lebensverdienstsumme. Auf die speziellen Bedürfnisse der einzelnen Berufsgruppen soll dabei individuell eingegangen werden, etwa mit dem Exekutivdienstrecht. Das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis will Strache beibehalten. „Den Beamten soll es weiter geben.“ Für welche Bereiche das allerdings gelten soll, spezifizierte der Minister nicht.

2018-02-13 17:06

[Sozialwirtschaft: Gewerkschaft kündigt Warnstreiks an](#)

Nach dem Scheitern der fünften Kollektivvertrag-Verhandlungsrunde in der österreichischen Sozialwirtschaft hat die Gewerkschaft nun Warnstreiks angekündigt. 15 Verhandlungsstunden in der Nacht hätten kein Ergebnis gebracht.

Streiks in Hunderten Betrieben angekündigt

Die Warnstreiks sollen am Donnerstag und Freitag in „Hundertern Betrieben in ganz Österreich“ durchgeführt werden, wie die Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA-djp) und die Gewerkschaft vida heute bekanntgaben.

Die Arbeitnehmerseite sagte heute, dass auf die zentralen Forderungen „nach einer fairen Lohn- und Gehaltserhöhung, der Besserstellung für Pflegeberufe und eine Arbeitszeitverkürzung“ seitens der Arbeitgeber nicht eingegangen worden sei. Zudem seien die zuletzt unterbreiteten Angebote der Arbeitgeber für Teilzeitbeschäftigte zu gering, so vida.

Sozialwirtschaft: „Grenze des Vertretbaren“

Man gehe davon aus, dass die Arbeitgeberseite ihr letztes Angebot noch nachbessert, so die Verhandler der Gewerkschaften. Auf Arbeitgeberseite sah man den Hauptgrund für das - „zumindest vorläufige“ - Scheitern der Verhandlungen in einer „überzogenen Erwartungshaltung“ auf Arbeitnehmerseite.

„Die Arbeitgeberseite hat sich im ernsthaften Bemühen, doch zu einem gemeinsamen Abschluss zu kommen, bis an die Grenze des irgendwie Vertretbaren bewegt“, sagte der Verhandlungsführer der Sozialwirtschaft Österreich, Walter Marschitz. Die volle Erfüllung der Gewerkschaftsforderungen hätte die Branche „vor existenzielle Probleme“ gestellt und „Tausende Arbeitsplätze und die soziale Versorgung in Österreich“ gefährdet.

[Read more ... Sozialwirtschaft: Gewerkschaft kündigt Warnstreiks an](#)

2018-02-12 13:52

[FSG-Kniezanrek zu Februargedenken: Die Zeichen der Zeit erkennen](#)

Demokratie und Sozialpartnerschaft dürfen nicht beschnitten werden

„Am Anfang jeder undemokratischen Entwicklung stehen die Beschneidung der bürgerlichen Rechte, der Versuch von Zensur und der Angriff auf bewährte soziale Errungenschaften“, sagte heute, Montag, der Bundesgeschäftsführer der FSG in der Gewerkschaft youunion, Erich Kniezanrek, anlässlich der Gedenken an die historischen Ereignisse rund um den 12. Februar 1934. Gerade in Zeiten der politischen Zuspitzung und des radikalen Populismus gelte es wachsam zu sein.

„Gefährliche Entwicklungen werfen im Vorfeld ihre Schatten voraus. Wir müssen die Zeichen der Zeit erkennen“, warnte Kniezanrek. Gerade angesichts drohender Eingriffe in das historisch gewachsene und bewährte System der Sozialpartnerschaft und der Kammern müssen wir zum entschlossenen Widerstand gegen Fehlentwicklungen und Verschlechterungen bereit sein.

„Auch in Europa drohen ein weiterer Rechtsruck und Veränderungen zum Nachteil der Bevölkerung. Wir werden uns durch leere Floskeln und Beschönigung einer zunehmend neoliberalen Politik aber nicht täuschen lassen und stehen für unsere Werte ein“, schloss Kniezanrek.

[Read more ... FSG-Kniezanrek zu Februargedenken: Die Zeichen der Zeit erkennen](#)

2018-02-12 10:45

Gemeinden fordern Ersatz von Pflegekosten

Die Städte und Gemeinden fordern von der Bundesregierung einen Ersatz der Pflegekosten. Hintergrund ist der Wegfall des Pflegeregresses seit Jahresbeginn, zur Deckung der Kosten darf damit nicht mehr auf das Vermögen von Betroffenen und deren Angehörigen zugegriffen werden. Heute will der Gemeindebund eine Resolution vorlegen, in der von der Bundesregierung verlangt wird, Ersatz zu leisten.

Laut Schätzungen aus dem Vorjahr dürften rund 40.000 Betroffene und deren Familien vom Wegfall des Pflegeregresses profitieren. Zwar sagte die letzte Regierung den Ländern 100 Millionen Euro als Entschädigung zu, aber Länder, Gemeinden und Städte warnen seit Monaten, dass das nicht reichen werde.

Laut einer Schätzung des Städtebundes belaufen sich die Mehrkosten auf rund 500 Millionen Euro. Im Ö1-Morgenjournal forderte Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger rasche Gespräche mit der neuen Regierung.

[Read more ... Gemeinden fordern Ersatz von Pflegekosten](#)

2018-02-01 14:47

[younion-Kattnig: Wasser ist ein Menschenrecht – Kommission tastet sich langsam vor](#)

EU Vorschlag zur Trinkwasserrichtlinie ist Schritt in richtige Richtung

Die Europäische Kommission hat einen neuen Vorschlag zur Trinkwasserrichtlinie auf dem Weg gebracht. Darin wird zumindest teilweise den Forderungen einer Europäischen Bürgerinitiative Rechnung getragen.

Mit der Initiative right2water wurden mehr als 1,8 Millionen Unterschriften gesammelt, mit denen die Europäische Kommission aufgefordert wurde, Vorschläge für die Umsetzung des von den Vereinten Nationen anerkannten Menschenrechts auf Wasser und Sanitärversorgung vorzulegen. Eine der Trägerorganisationen dieser Bürgerinitiative ist younion _ Die Daseinsgewerkschaft.

Die neue Trinkwasserrichtlinie geht in die richtige Richtung, insbesondere mit der Verpflichtung der Mitgliedsstaaten, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Zugang zu Trinkwasser und die Qualität für schutzbedürftige Gruppen sicherzustellen. Aus Sicht der KonsumentInnen ist der Vorschlag der EU Kommission positiv zu bewerten. Denn mit den Qualitäts- und Prüfbestimmungen wird die Gesundheit der Menschen geschützt.

„Die Trinkwasserrichtlinie ist durchaus positiv zu bewerten, denn die Kommission hat die Gesundheit in den Fokus gestellt und will mit ihren neuen Richtwerten die KonsumentInnen schützen“, stellt Kattnig, Mitglied des Bundespräsidiums der younion _ Die Daseinsgewerkschaft und auch nationaler Koordinator der Bürgerinitiative, fest.

„Die EU-Kommission fordert die Mitgliedstaaten dazu auf, Maßnahmen zu setzen um den allgemeinen Zugang zu Trinkwasser zu ermöglichen und ermutigt sie auch Maßnahmen zu ergreifen, den gratis Zugang zu Leitungswasser in Restaurants und Kantinen zu ermöglichen. Generell geht der Vorschlag in die richtige Richtung. Gleichzeitig muss die Kommission aber auch begleitende Maßnahmen gegen eine Liberalisierung der Wasserversorgung durch Freihandelsabkommen oder auch eine Revision der „Konzessions-Richtlinie“ ergreifen. Das Europäische Parlament hat dazu eine klare Position bezogen und unterstützt unseren Kampf gegen die Liberalisierung der Wasserversorgung“ erklärt Kattnig.

Das generelle Recht auf Wasser als Menschenrecht hat natürlich weiterhin Priorität. Die EU Kommission ist aufgefordert, den Forderungen der right2water Kampagne gänzlich nachkommen.

[Read more ... younion-Kattnig: Wasser ist ein Menschenrecht – Kommission tastet sich langsam vor](#)

2018-01-31 12:34

[FSG-Katzian: Streichung der Aktion 20.000 überdenken!](#)

Statistik belegt Erfolg der Aktion – es geht auch um Würde

„Der ÖAAB-Obmann erklärt die Streichung der Aktion 20.000 im Parlament mit dem Argument, dass die ÖVP jene Menschen unterstützen will, die sich nicht selber helfen können – ein Zynismus sondergleichen, weil genau das Gegenteil der Fall ist!“, kommentiert Wolfgang Katzian, Vorsitzender der FSG (Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen) im ÖGB. Die Aktion habe genau darauf abgezielt, Menschen, die aufgrund ihres Alters keinen Arbeitsplatz mehr finden, eine Perspektive und damit auch ihre Würde zurückzugeben.

Der Erfolg der von Türkis-Blau in einer Nacht-und-Nebel-Aktion via Umlaufbeschluss gestoppten Aktion ist nicht nur an den Berichten Betroffener, die endlich wieder Arbeit gefunden hatten, sondern auch durch Fakten belegbar, erinnert Katzian: In den Pilotregionen der Aktion 20.000 ist die Langzeitarbeitslosigkeit der über 50-Jährigen um 11,7 Prozent gesunken, während sie im Rest Österreichs um 2,1 Prozent gestiegen ist.

„Ältere Arbeitslose brauchen die Unterstützung der Politik, ich appelliere eindringlich an die Sozialministerin: Überdenken Sie die Streichung der Aktion 20.000, geben Sie älteren Arbeit suchenden Menschen diese Chance zurück!“

[Read more ... FSG-Katzian: Streichung der Aktion 20.000 überdenken!](#)

2018-01-31 07:47

[Politstreit um Kindergartengebühren](#)

Ab Donnerstag müssen Eltern zahlen, wenn sie ihre Kinder nachmittags im Kindergarten betreuen lassen. „Kindergarten-Strafsteuer“ nannte die SPÖ-Landesvorsitzende Birgit Gerstorfer die neuen Gebühren am Dienstag und warnte mit zwei Bürgermeistern vor den Auswirkungen.

Für die Betreuung im Kindergarten nach 13.00 Uhr müssen Eltern ab Februar zahlen. ÖVP und FPÖ haben das beschlossen, ab Donnerstag gilt die Regelung.

Sechs von acht Kindern in Geiersberg abgemeldet

In Geiersberg (Bezirk Ried) sind sechs von acht Kindern von der Nachmittagsbetreuung abgemeldet

worden, so Bürgermeister Fritz Hosner (SPÖ) bei der Pressekonferenz am Dienstag: „Die Gemeinde kann sich die Nachmittagsbetreuung nicht mehr leisten. Somit müssen wir auch beim Personal Einschränkungen machen und die Stunden für das Personal kürzen.“

„Frauen werden von Berufstätigkeit abgehalten“

Wer die Nachmittagsbetreuung brauche, habe in solchen Fällen das Angebot dann nicht mehr. So würden Frauen von der Berufstätigkeit abgehalten, kritisiert die SPÖ-Landesparteivorsitzende Birgit Gerstorfer. Sie spricht wörtlich von Retro-Politik: „Wir machen Rückschritte statt Fortschritte, weil es einfach der falsche Weg ist, bei der Bildung der Kinder zu sparen. Nicht zuletzt, und davon werden auch die Bürgermeister berichten, artet dies in ein Bürokratiemonster aus.“ Denn die Höhe der Gebühren bemessen und einheben müssen die Gemeinden, und das bedeute einen massiven Verwaltungsaufwand.

Gemeinden können auch weniger verlangen

Zwischen 42 und 110 Euro machen die Gebühren aus. Die Gemeinden können auch weniger verlangen - müssen das aber dann selbst finanzieren. Mancherorts denkt man das für Menschen mit wenig Einkommen an - etwa in Traun. Hier will man außerdem vorerst noch bis 14.00 keine Gebühren einheben, damit sich Eltern und Kinder auf die neue Situation einstellen können. Beschlossen soll das Dienstagabend im Gemeinderat werden.

184 von 629 Kindern in Wels abgemeldet

In der Stadt Wels sind vor der Einführung der Nachmittagsgebühren 184 von 629 Kindern vom Kindergarten abgemeldet worden, wie die SP-Gemeinderätin Laurien Scheinecker am Dienstag kritisierte. Die zuständige FPÖ-Stadträtin Margarete Josseck-Herdt bestätigte die Zahlen. Allerdings seien laut Josseck-Herdt rund 30 Prozent der Abmeldungen „torschlussartig“ erfolgt und man rechne damit, dass die Kinder wieder zurückkommen.

Nur zehn Prozent der Abmeldungen seien nach Zahlen der Kindergartenabteilung des Magistrats getätigt worden, weil es sich die Eltern nicht leisten könnten, rechnete sie auf APA-Anfrage vor. Je 25 Prozent könnten auf Großeltern zurückgreifen oder würden am Nachmittag nicht arbeiten, zehn Prozent könnten sich demnach den Dienst anders einteilen, so die Stadträtin.

Grüne Kritik an Nachmittagsgebühren

Kritik an den Nachmittagsgebühren kam am Dienstag auch einmal mehr von den Grünen - sie fordern zumindest ein Aussetzen der Verordnung bis zum Ende des Kindergartenjahres, um ordentlich planen zu können. Zudem gehe es der schwarz-blauen „Kürzungscoalition“ nur rein darum, 13 Millionen Euro fürs Finanzsäckel reinzubekommen, so der Grüne Familiensprecher Stefan Kaineder.

„Belastungen in vertretbarem Rahmen“

Die zuständige Landesrätin Christine Haberland (ÖVP) meinte am Dienstag dazu, dass man sich bemüht habe, die Belastungen für die Familien in einem vertretbaren Rahmen zu halten. Die Sorgen aller Betroffenen nehme sie selbstverständlich ernst, und sie werden auch in der für Sommer geplanten Evaluierung der getroffenen Maßnahmen einfließen.

2018-01-24 07:53

[FSG-Katzian: Inakzeptabler Versuch der Post, einen Personalvertreter mundtot zu machen](#)

Klage gegen Vorarlberger Personalvertreter und Postgewerkschafter zurücknehmen Wien

„Dass BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen mit ihrer Arbeit manchmal auf Widerstand der Arbeitgeber stoßen, gehört zu ihrem täglichen Brot. Während es in vielen Unternehmen gelingt, in konstruktiven Gesprächen trotzdem gute Lösungen für alle Betroffenen zu finden, geht die Post offensichtlich einen anderen, völlig unverständlichen Weg“, kritisiert Wolfgang Katzian, Vorsitzender der FSG (Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen) im ÖGB. Franz Mähr, Vorsitzender der GPF-Landesorganisation Vorarlberg, macht seit fast einem Jahr auf die Personalproblematik im westlichsten Bundesland aufmerksam, nachdem zuvor auch viele KundInnen die Postzustände beklagt hatten. Dass der Gewerkschafter sein Anliegen auch öffentlich machte, brachte ihm eine Unterlassungsklage der Unternehmensführung ein.

„Ein völlig inakzeptabler Versuch, einen Personalvertreter und Gewerkschafter mundtot zu machen. Diese Klage schießt völlig übers Ziel. Dazu kommen jetzt auch Androhungen weiterer rechtliche Schritte durch die Postführung“, zeigt sich Katzian irritiert über die Vorgangsweise der Postvorstände. „Franz Mähr tut nichts anderes, als sich für seine Kolleginnen und Kollegen und für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen. Dass ausgerechnet ein renommiertes Unternehmen wie die Post keine andere Möglichkeit sieht, diesen Konflikt mit einem Arbeitnehmervertreter zu lösen, ist verwunderlich und sicher nicht widerstandslos hinzunehmen. Ich fordere die Verantwortlichen der Post auf, diese Klage zurückzunehmen und sich mit Franz Mähr an einen Tisch zu setzen, um einen für alle Beteiligten akzeptablen gemeinsamen Weg zu finden!“

[Read more ... FSG-Katzian: Inakzeptabler Versuch der Post, einen Personalvertreter mundtot zu machen](#)

- [« First](#)
- [Previous](#)
- [7](#)
- [8](#)
- [9](#)

- [10](#)
- 11
- [12](#)
- [13](#)
- [Next](#)
- [Last »](#)